

›Reconquista‹

Zur Geschichte und Gegenwart eines Kampfbegriffs

Zurück in den Wiener November 2023. Auf den Stufen der Universitätsrampe erläutert Götz Kubitschek seine Agenda:

Wir müssen lesen und wir müssen einen Roman nach dem andern und ein zentrales Werk nach dem andern für uns vereinnahmen, aus rechter Sicht lesen und daraus das machen, was man eine Rückeroberung oder Reconquista an der Universität nennen sollte. (Kubitschek, 2023d, 00:06:16)

Was im Folgenden interessiert, ist ein Detail: der Begriff der Reconquista sowie die Frage, warum das Projekt des Lesens aus rechter Sicht und der Vereinnahmung von Romanen gerade so genannt werden sollte. Gehen wird es um den geschichtlichen Tiefengrund dieses Begriffs, darum, mit welchen historischen Ereignissen und Vorgängen er verbunden ist, welche Ideen und Programme in ihm stecken – um all das also, was seinen kultursemantischen Gehalt ausmacht. Das ›neurechte‹ Vokabular ist nämlich niemals zufällig: Geht es doch um Begriffsarbeit und um eine Gesellschaft als Sprachlabor, in dem mit den Grenzen des Sagbaren und damit Denkbaren experimentiert wird. Damit Diskursmacht gewonnen werden kann, sind Debatten zu führen und Slogans durchzusetzen, sind alte Wortbedeutungen zu aktivieren und neue zu etablieren – so definiert sich das ›metapolitische‹ Projekt der ›Neuen Rechten‹ selbst (Kubitschek, 2014a, S. 33). Insofern ist zu klären, womit über diesen strafrechtlich unverdächtigen und vermeintlich neutralen Begriff vertraut gemacht werden kann. Worin besteht seine Funktion im ›metapolitischen‹ Projekt, was kann über ihn normalisiert werden, woran soll er gewöhnen? Was soll in den alltäglichen Sprachgebrauch wandern und leicht über die Lippen gehen?

Vorauszuschicken ist, dass Kubitscheks Wortwahl weder harmlos noch originell ist. Das Wort wird weltweit geradezu inflationär von einer sich

ideologisch rückkoppelnden extremen Rechten verwendet. Damit verweist es auf die Struktur ihres netzwerkartigen Bezugs aufeinander. Gemeinsames Vokabular, ähnliche Strategien und Taktiken, Interessen und Ziele zeigen, wie Parteien und aktivistische Gruppen voneinander lernen und Erfolgreiches übernehmen, wie sie Programme kopieren, um den Diskurs zu verschieben.

Dazu kommt, dass Reconquista ein altes Wort ist, ein kultursemantisches Schwergewicht. Von Anfang an ist es ein Wort, das bestimmten Ideen verpflichtet und deswegen niemals unvoreingenommen ist. Es taucht schon in mittelalterlichen christlichen Chroniken auf, wird aber erst von der französischen und spanischen Historiografie Ende des 18. Jahrhunderts etabliert, um einen fast 800 Jahre andauernden machtpolitischen Prozess auf der Iberischen Halbinsel zu bezeichnen: die militärische Ausweitung des christlichen und die Dezimierung des arabisch-muslimischen Herrschaftsbereichs zwischen dem 8. und 15. Jahrhundert. Mit ›Reconquista‹ – der hier als historiografischer Begriff in Anführungszeichen gesetzt ist, wenn er sich nicht aus dem Kontext erschließt – wird dieser Prozess vereinfacht und vereinheitlicht, in Phasen unterteilt und zu einem Großprojekt der Rückeroberung erklärt, das im Jahr 1492 kraft eines matrimonialpolitischen Manövers vermeintlich vollendet wird: Die *reyes católicos* – Königin Isabella von Kastilien und König Fernando von Aragonien – kommen durch ihre Hochzeit zu unschlagbarer Macht. Zuvor in Kämpfen untereinander aufgerieben, erobern die nun vereinten katholischen Königreiche die letzten Teile der Iberischen Halbinsel, die seit dem 8. Jahrhundert unter muslimischer Herrschaft gestanden hat.

Dieses Kapitel führt an historische und aktuelle Schauplätze, an denen der Begriff Reconquista auftaucht, und geht sie chronologisch ab. Als Erstes die Iberische Halbinsel, um einen kursorischen Blick auf einige Ereignisse zwischen 711 und 1492 und ihre religiöse Codierung zu werfen. Profiliert wird die Konstruktion des Projekts der christlichen ›Rückeroberung‹, das es *de facto* nie gegeben hat. Weil die Konstruktion über den Begriff der Reconquista erfolgt und dieser ideologische Bedeutung sowohl konservieren als auch neu aufnehmen kann, wird er genauer angeschaut. Einerseits in seiner grammatikalischen Struktur, andererseits in seinem Bedeutungshorizont, der sich aus drei weiteren Ereignissen des Jahres 1492 erschließt: der Erlass des Alhambra-Edikts, das die Vertreibung der Jüdinnen und Juden anordnet; Columbus' Landung auf einer karibischen Insel, mit der die Conquista Amerikas beginnt; sowie die Publikation der ersten Grammatik der kastilischen Sprache, die mit der Idee einer imperialen Sprache verbunden ist, über die sich eine homogene christliche nationale Identität herstellen soll. Das hat Folgen für den Begriff.

Wenn er fällt, erzählt er von all dem mit: von der brutalen Durchsetzung globaler politischer, religiöser und kultureller Vorherrschaft.

Der nächste Schauplatz ist Spanien zu Zeiten der faschistischen Franco-Diktatur sowie in der Gegenwart, in der die ultrarechte Vox-Partei sowie aktivistische Gruppen mit dem Begriff hegemoniepolitisch arbeiten. Nicht nur dort wird »Reconquista« mit »Remigration« verknüpft: Es ist ein diskursives Begriffspaar, das in Europa so gut wie immer gemeinsam auftritt. Über die Endzeiterzählungen eines bedrohten weißen, christlichen Kulturraums, die es transportiert, verbindet es die europäische Rechte weltweit. Ihre Hegemoniepolitik lässt sich in den Kontext eines transatlantischen Kulturkampfes stellen, der Religion, Rassismus und rechte Ideologie in Stellung bringt.

Der Schauplatz Frankreich zeigt, wie nahe sich Parteipolitik (*Reconquête*) und rechtsintellektuelle »Metapolitik« kommen und welche Rolle Bildungsinstitutionen dabei spielen. Im deutschsprachigen Raum wiederum fällt auf, wie instrumentell der Begriff der Reconquista gebraucht wird, wenngleich er mit seinem Anspielungsreichtum sowohl in der Kommunikation nach innen als auch außen ideologisch viel leistet. Martin Sellner buchstabiert schließlich unter dem Namen »Reconquistastrategie« aus, worauf es »Metapolitik« abgesehen hat. Zum Schluss geht es zurück zur Universität und ihrer historischen und aktuellen »Reconquista«. Im Gesamtblick auf die verschiedenen Schauplätze lässt sich das Argument dieses Kapitels profilieren: Legitimiert das Wort »Reconquista« für die *reyes católicos* einen territorialen, legitimiert es für die »Neue Rechte« einen diskursiven Expansionskrieg.

Schauplatz: Iberische Halbinsel

Im Jahr 711 landet ein loser und vergleichsweise kleiner Truppenverband aus Nordafrika unter Führung von Tāriq ibn Ziyād in Gibraltar. In kurzer Zeit nimmt die religiös wie kulturell uneinheitliche Streitmacht weite Teile der Iberischen Halbinsel ein. Sie zerschlägt das Westgotenreich, König Rodrigo fällt gleich in einer der ersten Schlachten am Fluss Guadalete. Mit einigen der lokalen Machthaber finden sich Arrangements, zuweilen können westgotische Adelige ihre Führungspositionen behalten. Große Teile der Gesellschaft konvertieren zum Islam, diejenigen, die ihren jüdischen oder christlichen Glauben behalten, übernehmen zumindest die arabische Sprache. Gegründet wird das Umayyaden-Reich Al-Andalus mit zentralistischer Verwaltung. Ausgenommen von der sich konsolidierenden neuen politischen Ordnung ist der

gebirgige Norden. Dort, an den Randzonen der Iberischen Halbinsel, bilden sich christliche Machtdomänen – Grafschaften, Grenzmarken und kleinere Königreiche –, die später die Namen Asturien, León, Navarra oder Aragonien erhalten (vgl. für den Absatz Jaspert, 2019, S. 11–13; Seibert, 2024, S. 119–122).

Im Jahr 718 gibt es eine kleine Rebellion, angezettelt vom westgotischen Adligen Pelayo, der Asturien gründen wird. Ein in der Forschung umstrittenes und höchstwahrscheinlich symbolisch überhöhtes Gefecht mit Truppen der Umayyaden im Jahr 722 gilt als erstes Ereignis der ›Reconquista‹: die ›Schlacht von Covadonga‹. Von der muslimischen Historiografie kaum beachtet, wird sie in der christlichen zur Legende. Der militärische Erfolg Pelayos gilt als Wunder, das mit göttlicher Hilfe herbeigeführt worden sei. Gefeierte wird Covadonga als Gründungsmythos. Schon früh kursieren Kultfiguren, die zu christlichen Identitätsstiftern gemacht werden. So etwa der Heilige Santiago, der der Legende nach im Jahr 844 in der erfundenen Schlacht von Clavijo dem Heer von Ramiro I. von Asturien zum Sieg verholfen haben soll – was ihm den Beinamen ›Matamoros‹ (der ›Maurenschlächter‹) einbringt. Umgekehrt zerstört ein Heer unter Führung Abu ‘Amirs, bekannt als Al-Mansūr, im Jahr 997 Santiago de Compostela. Die Reliquien des Heiligen bleiben verschont, aber Al-Mansūr lässt demonstrativ die Glocken der Kathedrale nach Córdoba transportieren. Die Eroberung des stark befestigten Wallfahrtsortes gibt zuweilen ideellen Antrieb für Attacken auf das muslimische Machtterritorium.

Mit gewissen Unterbrechungen durchzieht das gesamte Mittelalter ein religiös dimensionierter Diskurs. In den späteren Chroniken des 15. Jahrhunderts wird er das Projekt der territorialen Expansion der kastilischen Krone als ein frommes Projekt codieren lassen und den Titel *reyes católicos*, den der Papst Isabella und Ferdinand im Jahr 1496 verleiht, kultursemantisch decken. Die Rede ist von einem einzigartigen und außergewöhnlichen Kampf gegen den Islam sowie von der Unterwerfung beziehungsweise Vertreibung der ›Feinde des Christentums‹ (vgl. Ayala Martínez, 2024; Ríos Saloma, 2024). Aber erst in der nachträglich datierten zweiten Phase der ›Reconquista‹, deren Beginn mit dem Fall Toledos im Jahr 1085 angesetzt wird, streut dieser Diskurs breiter. Die Konflikte werden offensiver in den Deutungsrahmen eines Glaubenskrieges gesetzt, sie gewinnen mehr und mehr an religiös-ideologischer Vehemenz. Truppen der Almoraviden aus Nordafrika greifen ein und bremsen zeitweilig die militärischen Erfolge der Streitkräfte aus dem Norden, die mittlerweile auch strategisch relevante Gebiete betreffen. Almoraviden sprechen von Dschihad, die christliche Seite vom Heiligen Krieg. Ritterorden werden gegründet, die Päpste rufen zum Kreuzzug auf.

Die militärischen Kräfteverhältnisse ändern sich nachhaltig, als sich Kastilien, Navarra, Aragonien und León verbünden. Sie besiegen 1212 die Almo-haden, Córdoba, Valencia und Sevilla fallen in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts in die Hände christlicher Königreiche. Kastilien dehnt sein Territorium bis zur Straße von Gibraltar aus, die Expansionspolitik von Aragonien und Portugal zielt auf den Mittelmeerraum bis Griechenland, auf Nord- und Westafrika und die Kanarischen Inseln (vgl. Seibert, 2024, S. 121). Doch erst am 2. Januar 1492 fällt die letzte Festung von Al-Andalus, die Alhambra: Granada kapituliert.

Konstruktion der ›Reconquista‹

›Reconquista‹ ist ein umstrittener historiografischer Name. Denn der mit ihm bezeichnete Konfigurationsprozess der politischen Landschaft vollzieht sich über knapp 800 Jahre regional unterschiedlich, in Wellen und unter sehr verschiedenen ökonomischen, sozialen, kulturellen, religiösen und zeitlichen Bedingungen. Mit ›Reconquista‹ werden Anfangs- und Endpunkt von komplexen Kräfteverschiebungen bestimmt, die so in eine übersichtliche Periode übersetzt werden. Aus unterschiedlich motivierten militärischen Operationen wird ein kongruentes Projekt konstruiert. Im Lichte der ›Reconquista‹ verwandelt sich Vergangenheit in Teleologie, in eine Erzählung, die von ihrem Ende bestimmt ist: die Eroberung Granadas als finales Ereignis eines hartnäckigen nationalen und katholischen Projekts. In einer Verkehrung der zeitlichen Logik bestimmt das Ende den Anfang und nicht umgekehrt (vgl. für den Absatz Bravo López, 2025; García Sanjuán, 2018; Jaspert, 2019, S. 15f.).

Das ist zunächst nichts Außergewöhnliches, verfolgt die traditionelle Historiografie in der Regel eine zielgerichtete Deutung von Ereignissen und unterstellt der Geschichte einen Zweck, auf den sie zuläuft – was mittlerweile einschlägig kritisiert worden ist (exemplarisch White, 1986, 1991). Außergewöhnlich ist aber, was im Wort selbst steckt. Was es ideologisch so attraktiv macht, ist das Präfix Re-: Die Vorsilbe bezeichnet ein Zurück und ein Wieder, eine Rückkehr zu etwas. Sie installiert einen Referenzpunkt in der Vergangenheit und hat einen nostalgischen Zug. Im Begriff der Reconquista steckt die Behauptung eines Verlusts, der nur temporär ist und rückgängig gemacht werden kann: Etwas sei genommen worden, dessen es sich wieder zu bemächtigen gelte. Die Aneignung, die sich als Wiederaneignung den Anschein der

Rechtmäßigkeit geben kann, entspricht dem Begriff, nicht aber den historischen Fakten.

Besonders die Rede von der ›spanischen Reconquista‹ ist eine temporale Verdrehung historischer Realitäten (vgl. García Sanjuán, 2018). Sie ist irreführend, weil es kein einheitliches Staatswesen gibt, kein spanisches Territorium, das wiedergewonnen werden könnte, keine Nation. Was es gibt, ist ein geopolitisch diverser Raum, sind verschiedene Reiche mit christlicher und muslimischer Ausprägung. Bis Ende des 15. Jahrhunderts gleicht die Iberische Halbinsel einem Flickenteppich wechselnder politischer Gebilde: das Kalifat von Córdoba, das Emirat von Granada, die christlichen Königreiche Asturien-León, Navarra, Kastilien, Aragonien und Portugal. Nicht die (Wieder-)Vereinigung Spaniens, sondern die dynastische Union von Kastilien und Aragonien markiert den Punkt, an dem ein neues Königreich entsteht (vgl. Seibert, 2024, S. 119–122). Und selbst wenn Isabella und Ferdinand als *reyes de España* bekannt sind, nennen sie sich selbst niemals so.

In diesem Sinne erweist sich auch die Konstruktion einer affektiv spezifizierten spanisch-christlichen Identität, wie sie die traditionelle Geschichtsschreibung auf der Annahme eines gemeinsamen nationalen Projekts aufbaut, als unzutreffend: Das starke Zugehörigkeitsgefühl zu ihren Territorien habe die Christ*innen über Jahrhunderte hinweg unermüdlich kämpfen lassen. Die Muslim*innen hingegen hätten sich lediglich als temporäre Bewohner*innen verstanden, ein vergleichbares Gefühl territorialer Verbundenheit habe ihnen gefehlt (vgl. García Sanjuán, 2024). Mit der nahezu acht Jahrhunderte währenden Alltagsrealität auf der Iberischen Halbinsel lässt sich eine solche Diagnose nur schwer in Einklang bringen.

Ebenso wenig kann von einem einheitlichen, gemeinsam erklärten Ziel gesprochen werden, alle Muslim*innen zu vertreiben. Über die Jahrhunderte hinweg gibt es unregelmäßige Kampfdynamiken, längere Friedensperioden, immer wieder militärische Allianzen quer zur konfessionellen Konfliktlinie. Politische Manöver ergeben sich eher aus internen Rivalitäten und Konkurrenzen (etwa zwischen Adel und Ständen oder zwischen schiitischen und sunnitischen Gruppen). Mitunter ist man angewiesen auf Söldner aus anderen Lagern (vgl. Seibert, 2024, S. 119–122). Und selbstverständlich bestehen durchgehend wirtschaftliche Beziehungen, die gegenüber Religionszugehörigkeiten gleichgültig sind.

Das Interesse der christlichen Königreiche an territorialer Expansion ist nicht gleichzusetzen mit dem, Muslim*innen zu vertreiben. Akzeptieren Letztere die Souveränität neuer Herrscher*innen über bestimmte Territo-

rien, werden sie kurzerhand in deren Reiche integriert. Im Gegensatz zur Rhetorik der »Reconquista« belegen Quellen aus dem 12. bis 15. Jahrhundert sogar, dass christliche Machthaber*innen die neu eroberten Gebiete nicht verwahrlosen lassen wollen und ihre Bewirtschaftung durch die muslimische Bevölkerung fördern. Sie bemühen sich, Ansässige zum Bleiben zu bewegen, Auswanderung zu verhindern und sogar Zuwanderung in die eroberten Regionen anzuregen, um Arbeitskräfte und steuerzahlende Personen zu halten beziehungsweise neu zu gewinnen. Angesichts des dringenden Bedarfs an Arbeitskräften für Landwirtschaft, Viehzucht, Handwerk, Verwaltung und Bildung schließen weltliche und kirchliche Herrscher*innen, Städte sowie militärische und religiöse Orden Abkommen. Sie gewähren der muslimischen Bevölkerung Rechte und Freiheiten, sichern Glaubensausübung und Eigentum zu. Diese pragmatische Realpolitik ist Voraussetzung dafür, das Land nach der militärischen Eroberung zu konsolidieren – und damit paradoxerweise wesentlich für das »Reconquista« genannte Projekt, als dessen Ziel die Vertreibung aller Muslim*innen deklariert wird (vgl. für den Absatz Bravo López, 2025).

In der Forschung wird aus diesen Gründen kontrovers über die Angemessenheit des Begriffs diskutiert. Alejandro García Sanjuán oder Martín Ríos Saloma etwa sprechen von einem anachronistischen und manipulativen Gebrauch. In erster Linie diene er der politischen und religiösen Legitimation von Besitz- und Herrschaftsansprüchen – selbst auf Gebiete, die niemals christlich waren, wie die Kanarischen Inseln, oder auf Städte, die muslimische Gründungen sind, wie Granada (vgl. García Sanjuán, 2018; Ríos Saloma, 2024, S. 204–206).¹ Sinnvoll jedoch ist er als analytischer Begriff, um ebenjene Ideologie zu beschreiben, die zur Rechtfertigung des christlichen Expansionskriegs aus dem Norden auf Kosten des Islams entsteht (vgl. Ayala Martínez, 2024). Gerade weil er den historischen Tatsachen nicht entspricht, lässt sich in der Konfrontation mit den Tatsachen sehen, was er ideologisch leistet: Neben der Legitimation von Herrschaftsansprüchen dient er der Selbstviktimisierung. Er erzählt von einer gewaltsamen und vermeintlich widerrechtlichen Besatzung von Territorium und Kultur durch Invasoren, gegen die es sich zu verteidigen gelte. Über den Begriff gibt sich aggressives politisches Handeln den Anschein der Notwehr.

1 Weil den Begriff in Spanien rechtsradikale Kräfte verwenden und damit eine ahistorische Darstellung des Mittelalters verbinden, wird die akademische Debatte in einer breiten Öffentlichkeit verfolgt und weitergeführt – davon später.

Um den kultursemantischen Tiefengrund des Begriffs weiter zu verstehen, müssen zur Eroberung Granadas am 2. Januar durch die *reyes católicos* drei weitere Ereignisse des Jahres 1492 berücksichtigt werden: erstens das Alhambra-Edikt vom 31. März, das hier gemeinsam mit der *pragmática antimorisca* beleuchtet wird, zweitens die Publikation der ersten Grammatik der kastilischen Sprache am 18. August sowie, drittens, Columbus' Landung an einer karibischen Insel am 12. Oktober. Die vier Ereignisse haben auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun. Sie verdichten sich jedoch im Wort Reconquista und steigern seine ideologische Attraktivität: Assoziiert – und damit *heute* ansprechbar – sind mit ihm ein Vorbote des franco-faschistischen Nationalkatholizismus, imperialer Expansionsdrang, die Vertreibung und Auslöschung nichtchristlicher Bevölkerungsgruppen, missionarisches Sendungsbewusstsein und der Anspruch auf politische wie kulturelle Vorherrschaft (vgl. Pietschmann, 1992, S. 33).

Alhambra-Edikt und *pragmática antimorisca*

Zusammen mit der muslimischen Bevölkerung vertreiben die *reyes católicos* Jüdinnen und Juden. Das vermeintliche Ende der ›Reconquista‹ ist der Anfang einer unerbittlichen Verfolgung religiöser Gruppen, die zu Minderheiten gemacht werden. Das religiös, sprachlich und verfassungsrechtlich diversifizierte Reich über den Glauben zu vereinheitlichen wird Staatsraison (vgl. Pietschmann, 1992, S. 43). Nichtchrist*innen müssen sich taufen lassen. Schon 1478 haben die *reyes católicos* dem Papst das machtpolitische Instrument der Inquisition abgetrotzt, das auf Denunziation, geheime Prozesse und Folter setzt, um ›Ungläubige‹ zu finden und zu bestrafen. Installiert werden Inquisitionsgerichte, in denen sich monarchische Staatsgewalt mit religiöser multipliziert (vgl. Stolz, 2024, S. 78).

Neben weitverbreiteten antisemitischen Ressentiments wirft man der jüdischen Bevölkerung Kollaboration vor. Schon die christliche Geschichtsschreibung des Mittelalters erklärt sie zu Schuldigen, um die rasche Eroberung der Iberischen Halbinsel zu begründen: In einem argumentativen Zirkelschluss deutet sie ihre Unterdrückung zu Zeiten des westgotischen Reichs als Motiv zum Verrat an den Herrschenden und zur Unterstützung der Eroberer – diesen etwa Toledo, das zu dieser Zeit Königsstadt und Erzbistum ist, 712 in die Hände zu legen (vgl. Jaspert, 2019, S. 8–10). Im 13. Jahrhundert verschlechtert sich die antijüdische Stimmung dramatisch. In den christlichen

Reichen kursiert Propaganda, es kommt zu Plünderungen und gewaltsamen Ausschreitungen (vgl. Pietschmann, 1992). Mit dem Alhambra-Edikt vom 31. März 1492 werden die ca. 300.000 Juden und Jüdinnen unter Androhung der Todesstrafe gezwungen, zum Christentum zu konvertieren. Alle Nicht-Taufwilligen müssen auswandern und ihren Besitz zurücklassen.

Die Konvertierten (*conversos*) werden entgegen der christlichen Logik aber nie ›echte‹ Christ*innen: Sie stehen weiter unter Generalverdacht, werden von der Inquisition verfolgt, auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Reinheitsfantasien artikulieren sich in der Anwendung einer neuen sozialpolitischen Logik der ›Reinheit des Blutes‹ (*limpieza de sangre*): Sie unterscheidet Voll-, Halb-, Vierteljuden und -jüdinnen usw. und reguliert den Zugang zu Bildung, Berufen und Ämtern. Ihre Kennzeichnung mit einem gelben Stofffetzen wird im Nationalsozialismus mit dem auf der Kleidung aufgenähten gelben Davidstern wieder auftauchen. An ihren Zufluchtsorten gelten die von der Iberischen Halbinsel Vertriebenen erneut als Schuldige, sie werden verantwortlich gemacht für die Reformation: In Deutschland wird man von ihr als antikatholische Verschwörung erzählen (vgl. Reemtsma, 2024, S. 37–39). In Spanien ist man lange tatenlos hinsichtlich der Erbschaften der Vergangenheit: Erst 1968 wird das Alhambra-Edikt anlässlich der Einweihung der Madrider Synagoge von der spanischen Regierung offiziell für unwirksam erklärt und erst 1992 – 500 Jahre später – von König Juan Carlos außer Kraft gesetzt.

Die Devise ›Taufe oder Tod und Exil‹ trifft gleichsam die muslimische Bevölkerung. Zum politischen Programm gehören Zwangsbekehrung und die Enteignung muslimischer Institutionen. Die *reyes católicos* ordnen mitunter Deportationen an. Die zum Christentum Übergetretenen werden ›*moriscos*‹ genannt. Sie müssen ihren Glauben im Geheimen und unter hohem Risiko praktizieren. Wie die Jüdinnen und Juden werden sie überwacht und von der Inquisition verfolgt. 1567 erlässt Felipe II. ein dem Alhambra-Edikt ähnliches Dekret – die *pragmática antimorisca* –, das ihre 1492 begonnene gewaltsame Assimilation vorantreiben soll. Umgesetzt wird es vom Vorsitzenden des königlichen Gerichtshofs in Granada, Pedro de Deza. Er vertritt eine harte Linie. Letzte Ansätze einer Politik der Überzeugung werden aufgegeben zugunsten einer Politik der Repression. Das Dekret befiehlt den Konvertierten, Spanisch zu sprechen, kastilische Kleidung und Gewohnheiten anzunehmen sowie christliche Bräuche etwa bei Hochzeiten und Trauungen zu befolgen. Verboten werden der Freitag als Feiertag, die Nutzung von öffentlichen Badehäusern, arabische Namen, Instrumente und Lieder ebenso das Sprechen,

Lesen und Schreiben auf Arabisch innerhalb von drei Jahren. Auf Arabisch abgeschlossene Verträge verlieren ihre Gültigkeit. Bücher in arabischer Sprache müssen zur Prüfung vorgelegt und für unbedenklich erklärt werden. 1609 schließlich ändert Felipe III. die Strategie: Anstelle der Assimilation ordnet er die Vertreibung aller ›moriscos‹ aus Spanien an.

Über Alhambra-Edikt und *pragmática antimorisca* fließen Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit in die kulturhistorische Semantik des Begriffs Reconquista ein. Sie kann aufgerufen werden, wann immer er verwendet wird. In der Gegenwart in Anschlag zu bringen ist – in anderen Worten – eine religiös unterlegte Ideologie von ›Blut und Boden‹, die vor nichts zurückschreckt: Stigmatisierung, Entrechtung, Repression, Deportation, Ermordung. Je nachdem, in welches Argumentationsprogramm er implementiert wird, kann er mehr das eine oder mehr das andere bedeuten. Werden jüdische und muslimische Gruppen gegeneinander ausgespielt, kann das jeweils andere in Latenz bleiben.

Europas ›Entdeckung‹ Amerikas

Das dritte folgenreiche Ereignis des Jahres 1492 ist das, was eurozentristisch die ›Entdeckung‹ Amerikas genannt wird. Auf der Suche nach transatlantischen Handelsrouten nach Indien, China und Japan gehen kastilische Seefahrer unter der Führung von Christopher Columbus am 12. Oktober 1492 an Land einer karibischen Insel. Zeitgleich mit dem Ende der ›Reconquista‹ beginnt die Conquista Amerikas: die Ausplünderung und gewaltsame Inbesitznahme des heutigen Zentral- und Südamerikas, der Karibik sowie von Teilen Nordamerikas im Namen des Christentums, im Zeichen des Kapitalismus und des Krieges.

Die *reyes católicos* haben die Gesellschaft kriegerrisch organisiert. Siedelnde Bauern sind häufig Soldaten. Das Land der Iberischen Halbinsel ist schnell verteilt, der junge christliche Adel muss sich selbst Land erobern. Für die Feldzüge sind sie auf Kredite angewiesen, das Geld muss aus den Kolonien erwirtschaftet oder, zutreffender gesagt: erbeutet werden. Es sind Projektentwickler-Konquistadoren, mit denen die ›Entdeckung‹ zum Krieg und der Krieg zum Geschäft wird. Vor ihrer Ankunft im heutigen Amerika 1492 wird die Bevölkerung auf 60 bis 70 Millionen Menschen geschätzt. Davon bezahlen in 150 Jahren ca. 90 % mit ihrem Leben. Sie sterben im Krieg: Das mächtige Reich der Mexica (im 18. Jahrhundert Aztek*innen genannt) sowie das der Tawantint-

suyu im heutigen Peru (Inka bezeichnet in Quechua nur die herrschende Klasse) haben Feinde und sind leicht zu destabilisieren. Menschen sterben durch Massaker, durch Zwangsarbeit auf Plantagen und in Gold- und Silberminen, durch die Zerstörung ihrer komplexen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, durch Hungersnöte und eingeschleppte Krankheiten wie Pocken, Grippe und Typhus.

Zerstört werden die indigenen Kulturen. Schmuck und Kunstobjekte werden geraubt, Häuser, Pyramiden, Tempel – etwa in der größten Stadt des Kontinents, Tenochtitlán – niedergerissen. Mit den Caballeros und Söldnern kommen Missionare, die an ihrer Stelle Kirchen erbauen lassen. Mathematisches, astronomisches, technisches und rituelles Wissen wird vernichtet. Der Bischof von Yucatán, Diego de Landa, lässt zum Beispiel im 16. Jahrhundert in missionarischem Eifer Tausende von Manuskripten, die in Maya-Schrift verfasst sind, verbrennen.² Wie das nun folgende Ereignis – die Herausgabe der ersten kastilischen Grammatik – erzählt all das bis in die Gegenwart hinein davon, wie eng das politische Projekt eines spanischen Globalimperiums mit der rabiaten Durchsetzung kultureller Hegemonie verbunden ist.

Grammatik der kastilischen Sprache

Schließlich das vierte Ereignis des geschichtsträchtigen Jahres 1492: Am 18. August erscheint die *Grammatik der kastilischen Sprache*. Es ist die erste Grammatik einer europäischen Volkssprache. Verfasst hat sie der Humanist Antonio de Nebrija, der überzeugt ist, über Sprache die Universität reformieren zu können. Er ist Autor eines erfolgreichen Latein-Lehrbuchs, Kenner der aramäischen, hebräischen und griechischen Sprache. Er hat im selben Jahr das *Wörterbuch Latein-Kastilisch* publiziert und vier Jahre zuvor auf Bitte der Königin Isabella seine lateinische Grammatik mit Erklärungen in kastilischer Sprache versehen. Das mag auf den ersten Blick mit den bisher behandelten drei Ereignissen nichts zu tun haben. Aber: Einer Anekdote nach soll Hernando de

2 Übrig bleiben nur vier Codices: der *Codex Dresdensis* (astronomische Berechnungen, Kalender, Sonnen- und Mondzyklen, Venus-Tafeln, Prophezeiungen, Rituale zur Landwirtschaft), der *Codex Tro-Cortesianus* (Rituale, Zeremonien, Weissagungen, Alltag, Opferriten), der *Codex Peresianus* (Kosmologie, Kalendersystem, Eschatologie), der *Codex Grolier* (Götterdarstellungen, Kalenderdaten, Venuszyklus, Rituale).

Talavera, Beichtvater und Berater Isabellas, als ihr Nebrija 1486 eine Probeversion der Grammatik vorlegt, auf die Frage der Königin, wozu eine solche von Nutzen sei, folgende Antwort gegeben haben: Sie diene dazu, dass die vom katholischen Königspaar unterworfenen Völker die Sprache ihrer Herren lernten (vgl. für den Absatz Pietschmann, 1992, S. 33).

Bei Fertigstellung des Drucks ist Columbus noch nicht in der Karibik gelandet. Aber die Bewohner*innen des Königreichs Granada und die der sieben kanarischen Inseln gelten zeitgenössisch als solche ›unterworfenen Völker‹, wobei die Definition simpel ist: weil sie nicht christlich sind, weil sie nicht Kastilisch sprechen. Programmatisch im Sinne einer neuen imperialen Sprache schreibt Nebrija im Prolog seiner Grammatik: »Auf dass die Sprache auf immer die Begleiterin des Imperiums sei« (Fundación Antonio de Nebrija, 2025a).³ Nebrija präsentiert Sprache als getreue Gefährtin und das Buch als Hilfsmittel der Expansion. Die Botschaft im Sinne Talaveras ist klar: Kulturelle Hegemonie festigt Reiche, über das Wort kann die Monarchie der *reyes católicos* etwas Bedeutendes schaffen und auf Dauer stellen (vgl. Fundación Antonio de Nebrija, 2025a, 2025b).

Talavera ist selbst aus einer vom Juden- zum Christentum konvertierten Familie. Ende des Jahres 1492 wird er zum Bischof des neu geschaffenen Erzbistums Granada ernannt, wo zu jener Zeit kaum jemand Kastilisch spricht, es nahezu keine christlichen Gläubigen, Kirchen oder Klöster gibt. Er erkennt von Anfang an Sprache als politisches Instrument: einsetzbar zur Homogenisierung einer globalen hispanischen Kultursphäre, zur Konstruktion einer neuen religiösen und politischen Ausdrucksform, die dazu dient, gläubige und gehorsame Untertanen zu erziehen, zu einen und zu disziplinieren (vgl. Iannuzzi, 2008, S. 49). Talavera will, dass die muslimische Bevölkerung aus Überzeugung zum Christentum übertritt. Im Visier hat er eine kulturelle Identität – geformt nicht durch blanke, sondern eine indirektere, weichere Gewalt.

Anders wird Francisco Jiménez de Cisneros vorgehen. Er ist Erzbischof von Toledo und folgt Talavera als neuer Beichtvater und Berater der Königin. Mit der Zustimmung des Generalinquisitors (Diego de Deza) unterzieht er im Winter 1499/1500 in Granada Tausende der Zwangstaufe. Cisneros lässt alle Manuskripte und Drucke des Korans und andere religiöse Schriften beschlagnahmen und verbietet deren Lektüre selbst Christ*innen. Schließlich werden tausende Bücher in Granada verbrannt. Ob die Zwangsgetauften selbst über-

3 »Siempre la lengua fue compañera del Imperio.«

zeugt sind, interessiert ihn weniger. Er setzt auf die folgende Generation: die Erziehung der Kinder und Kindeskinde, auf ihre Ausbildung.

Für den Reconquista-Begriff der Gegenwart sind zwei Aspekte des talaverianischen Projekts bemerkenswert. Zum ersten: Die spanischsprachigen Christ*innen müssen als einheitliche Gruppe überhaupt erst hergestellt werden. Sie existieren noch gar nicht. Die historische Chronologie ist eine andere als die Chronologie, die das Wort Reconquista nahelegt, weil dieses voraussetzt, dass etwas da war, was wieder restituiert werden kann. Zum zweiten: Das Mittel der Herstellung der spanischsprachigen Christ*innen ist die Sprache. Überzeugungsarbeit und Identitätskonstruktion verlaufen über das Wort, über das Buch, das Lesen.

Alle vier Ereignisse zusammengedacht, kann die ›Neue‹ wie die ›Alte‹ Rechte mit dem Begriff gleich zweierlei beanspruchen: Es ginge, erstens, um einen legitimen Befreiungs- und Abwehrkampf und, zweitens, um die Wiederherstellung eines verlorenen Zustands der Einheit und Reinheit, der als solcher nie existiert hat. Das Re- wendet sich zu etwas zurück, als wäre es einmal da gewesen. Es setzt etwas *a posteriori*, das aber erst noch – und sei es gewaltsam – durchzusetzen ist. Wie das kastilisch sprechende christliche Imperium verspricht das Re- in einer supplementären Logik die Wiederherstellung von Eigentumsverhältnissen und einer kulturellen, religiösen und nationalen Vergangenheit, die es so nie gegeben hat.

Schauplatz: Spanien

›Reconquista‹ artikuliert das Unternehmen, eine spanische Nation zu konstruieren (vgl. Bravo López, 2025). Ab Ende des 18. Jahrhunderts greift die Historiografie im Dienste dieses Unternehmens auf die Interpretation der militärischen Vorstöße des Mittelalters als Wiederherstellung eines christlichen Westgotenreichs zurück. Das alte römische und westgotische Hispania ist nach 711 jedoch nie wieder territorial geeint worden. Hispania und Spanien sind völlig unterschiedliche historische Realitäten, und die ›Reconquista‹ überwindet diesen Bruch nicht. Die Deutung der Expansion christlicher Königreiche als legitime Durchsetzung historischer Kontinuität beruht auf einer Fiktion. Insofern erzählt der Begriff mehr über die Gegenwart um 1800 als über die Vergangenheit, die er beschreiben soll: Verfangen kann er nach der napoleonischen Invasion und dem in Spanien sogenannten Unabhängigkeitskrieg (*Guerra de la Independencia Española*) von 1808 bis 1814. Die Erfahrung der Fremdherrschaft

durch französische Truppen und der erfolgreiche Widerstand bilden den ideologischen Boden für eine neue Lesart mittelalterlicher Kämpfe: als nationale Befreiungskriege (vgl. für den Absatz García Sanjuán, 2018).

Ein essenzialistisch verstandener Nationalismus und christliche Ideologie führen dem Begriff der Reconquista die Energie zu, die ihm eine Karriere in nationalkatholischen und faschistischen Diskursen verschafft, während diese ihn wiederum für die Gegenwart kultursemantisch anreichern. Konjunktur hat der Begriff im spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, der mitunter als Wiederkehr von Konflikten zwischen liberalen republikanischen und konservativen monarchischen Fraktionen – der sogenannten ›zwei Spanien‹ – während der napoleonischen Kriege gedeutet wird. Schätzungsweise 200.000 bis 500.000 Menschen werden getötet. Unterstützt vom faschistischen Italien und nationalsozialistischen Deutschland und in der Allianz mit dem rechts-katholischen Parteienbündnis CEDA, monarchistischen Karlisten und faschistischen Falangisten ergreift General Francisco Franco die Macht. Er vereint die Karlisten und Falangisten zur Staatspartei F.E.T. y de las JONS (*Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista*). Der Franquismo ist ein Spezialfall des Faschismus, er ist dehnbarer und hat mehr Binnenpluralität als zum Beispiel der deutsche Nationalsozialismus. Das macht ihn robuster, die Diktatur dauert bis kurz nach Francos Tod 1975.

Die Militärs erklären ihren Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung, der den Bürgerkrieg 1936 einleitet, zur christlichen Wiedereroberung, zum Kreuzzug gegen Kommunismus und Anarchosyndikalismus, regionalen Autonomismus, Freimaurerei, Atheismus und Judentum. Franco, der mit den *reyes católicos* über die Idee des spanischen Imperiums – geeint, katholisch, zentralistisch – verbunden ist, lässt sich als *reconquistador* eines angeblich heidnischen Spanien feiern. Manuel Machado besingt ihn in einem propagandistischen Gedicht als Heerführer, als »Caudillo de la Nueva Reconquista« (vgl. für den Absatz García Sanjuán, 2018; Jaspert, 2019, S. 14). Diese mit faschistischer Bedeutung gesättigte ›Neue Reconquista‹ wandert in die Gegenwart.

2019 eröffnet Santiago Abascal, glühender Franco-Verehrer, Vorsitzender der ultrarechten Vox-Partei und der Patrioten für Europa im EU-Parlament, den Wahlkampf in einer Kirche im asturischen Covadonga, dem Ort des angeblichen ›Reconquista‹-Initials im Jahr 722. Dort formuliert er sein Parteiprogramm und ruft zur ›Rückeroberung‹ Spaniens und seinem christlichen Wertekanon auf (vgl. Blanco, 2019). Der hat weniger mit theologischer Ethik als mit einem politischen White Christian Nationalism zu tun, der die Abschottung des globalen Nordens anstrebt: Zu Abascals einwanderungsfeindlicher und an-

timuslimischer Agenda gehören Ausweisungen, der Bau von Mauern um die Exklaven Ceuta und Melilla sowie das Verbot des Islam-Unterrichts. Abascal ist es, der den Begriff Reconquista in Spanien popularisiert und nachhaltig im parteipolitischen Diskurs verankert. In einem Tweet vom 2. Januar 2022 erinnert er mit »Stolz und Hoffnung« den Jahrestag der »Reconquista« Granadas als den Tag, an dem die »Wiederherstellung« des nationalen Staatsterritoriums abgeschlossen worden sei (Abascal, 2022).⁴ Dies allein ist schon historisch verzerrt, weil Muslim*innen die Stadt gründen und sie vor 1492 niemals christlich gewesen ist – von den *reyes católicos* also gar nicht »zurückerobert« werden kann (vgl. Sipse, 2023; García Sanjuán, 2018).

Im digitalen Raum wiederum kursiert Pepe der Frosch (Abb. 1), Maskottchen der White Supremacy, im Gewand eines Konquistadors.

Abbildung 1: Pepe der Frosch



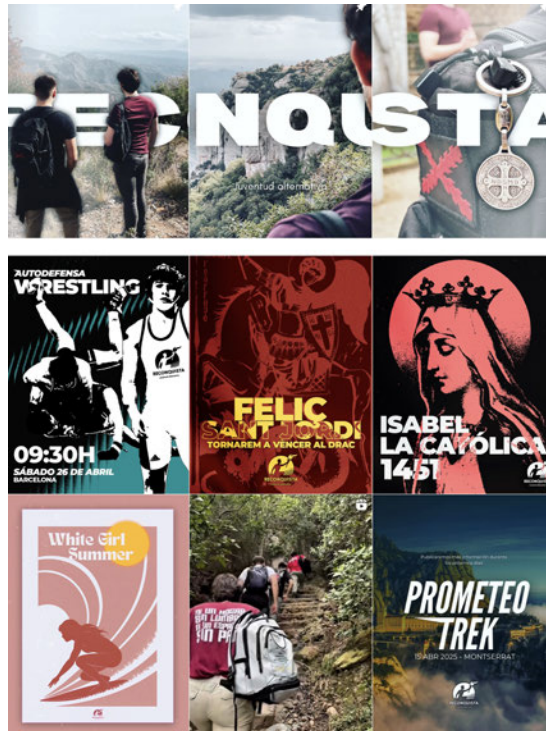
Quelle: https://x.com/Gonzalo__lg/status/2034730924932243687

Reconquista nennt sich eine rechtsextreme Jugendgruppe, die Social Media zur Organisation, Desinformation und Mobilisierung nutzt. Sie operiert

4 »Hoy es el aniversario de la reconquista de Granada, recuerdo imborrable del día en que concluyó la recuperación de todo el territorio nacional tras ocho siglos de invasión islámica.«

mit Falschprofilen, die vorgeblich zu islamistischen Fundamentalisten gehören, und verbreitet mit antimuslimischen Parolen Stimmung gegen Einwanderung. Die Verbrechen der Franco-Diktatur, wie die Hinrichtung von 48.000 Menschen, spielen sie herunter und verharmlosen ihre Werte als traditionelle ›spanische Werte‹ (vgl. Sipse, 2023). Wie Vox arbeitet die Gruppe mit einer Form der hegemoniepolitischen De- und Rethematisierung, wie sie uns in den Kapiteln zu *Vorlesen* und dem *Staatspolitischen Handbuch* begegnet ist: Ist es im deutschsprachigen Raum der Nationalsozialismus, wird in Spanien der Franquismus aufgerufen, um ihn zu relativieren oder im Sinne ›neurechter‹ Ideologie zu codieren.

Abbildung 2 und 3: *Reconquista España*



Quelle: <https://www.instagram.com/reconquistaes/?hl=de>

In Spanien ist man gerade dabei, die Franco-Diktatur aufzuarbeiten. Die Rechten intervenieren in einen Diskursraum, in dem es kein gemeinsames Verständnis davon gibt, wie sie zu bewerten ist. Laut Umfragen ist ein Fünftel der Spanier*innen der Ansicht, sie sei gut oder sogar sehr gut gewesen, besonders unter den unter 25-Jährigen wachsen 50 Jahre nach seinem Tod die Sympathien für Franco. Wie viel erinnerungspolitisch auf dem Spiel steht, zeigt sich am Streit um das Valle de los Caídos oder die Fundación Nacional de Francisco Franco, in deren Publikationen ganz im Sinne des ›Reconquista‹-Vokabulars anstelle von Bürgerkrieg von einem Kreuzzug die Rede ist. Sowohl der Ort als auch die Stiftung spielen für die Glorifizierung des Franco-Regimes eine große Rolle (vgl. für den Absatz Kellner, 2025; Macher, 2025; Núñez, 2025).⁵

Wie Abascal setzt die Gruppe Reconquista die kulturhistorische Semantik der ›Reconquista‹ in ihrem Kulturkampf ein. Auf Instagram (Abbildungen 2 und 3) steht ein Post zum »White Girl Summer« neben einem zum Geburtstag von »Isabela la Católica«. Am 2. Januar erinnert sie an die Eroberung Granadas 1492. Ihr »patriotischer Aktivismus« gibt sich energetisch und wendig. Auf Straftaten durch Tatverdächtige mit internationaler Biografie reagiert die Reconquista-Gruppe mit dem propagandistisch umgekehrten Slogan »European Lives Matter« und schreibt, »Remigration« würde »Leben retten«. Angekündigt sind Vorträge zur angeblichen Islamisierung Kataloniens, zur Religion, Kultur

5 Das Valle de los Caídos soll gemäß des 2022 verabschiedeten *Ley de Memoria Democrática* zum demokratischen Gedenkort gemacht werden. Es handelt sich um eine monumentale Anlage, die Franco zum Andenken an die Gefallenen im Bürgerkrieg errichtet und als Mahnmal der ›Versöhnung‹ stilisiert hat – unter diesem beschönigenden Schlagwort tritt der Geschichtsrevisionismus auf. Bis 2019 seine Überreste umgeben, befindet sich seine Grabstätte unter dem Hauptaltar der Basilika, was die Anlage zum Pilgerort für Rechtsradikale aus ganz Europa macht. Im Tunnelgewölbe liegen über 33.000 Tote, viele ohne oder gegen den Willen ihrer Angehörigen. Ihre Exhumierungsanträge scheitern am Widerstand der Benediktinermönche, die für die Basilika zuständig sind und die anhaltende Macht des franquistischen Nationalkatholizismus zum Ausdruck bringen. Die Fundación Franco wiederum will die Regierung von Pedro Sánchez auflösen. Ein Gutachten bezeichnet sie als europäische Anomalie: Nirgends sonst gäbe es eine legale, gemeinnützige Stiftung mit dem Zweck, eine Diktatur zu verherrlichen und Opfer zu verhöhnern. Die Stiftung betreibt offensiv Geschichtsfälschung. Ihr Vorsitzender Juan Chicharro behauptet, es ginge um Aufklärung: Die Jungen würden von Sozialwohnungen und davon erfahren, dass es kein Haushaltsdefizit unter der Diktatur gegeben habe (vgl. Kellner, 2025; Macher, 2025; Núñez, 2025).

und Identität, die ein junger Abgeordneter der Vox-Partei hält (vgl. für den Absatz *Reconquista España*, 2025). Über den Begriff werden die *reyes católicos* mit Franco verbunden und Franco mit ›neurechter‹ Hegemoniepolitik. Er etabliert ein Kontinuum.

Transatlantische Bollwerke

Über Spanien hinaus wird der Begriff in Europa verwendet, um den Kampf gegen den Islam als eine Art göttlich legitimierte Fortsetzung des jahrhundertelangen Konflikts auf der Iberischen Halbinsel zu lancieren. Mit ihm lässt sich an Ausdauer appellieren – referiert er doch auf die Vorstellung eines über 700 Jahre währenden Kampfs. Attackiert werden mit ihm moderne Einwanderungsgesellschaften. Er suggeriert die konzertierte ›Islamisierung‹ Europas. Europa sei, so die hyperbolische Verschwörungserzählung des ›Großen Austauschs‹, wie die Iberische Halbinsel im Mittelalter besetzt, die europäische Kultur und Identität durch geflüchtete Menschen, durch außereuropäische Zuwanderung, Sprachen und nichtchristliche Religionen dem Verfall preisgegeben. Antisemitisch grundiert ist die Erzählung durch den Hinweis auf globale finanzstarke Eliten, die den ›Großen Austausch‹ angeblich klandestin orchestrieren.

Konsequent fällt in einem Atemzug mit dem Wort *Reconquista* das Wort *Remigration*. Von der ›Neuen Rechten‹ semantisch neu besetzt drückt es keine freiwillige Form der Rückkehr mehr aus. Stattdessen entfesselt es Reinheitsfantasien, dient der Konstruktion von *weißen*, christlichen Europäer*innen auf der einen Seite und Europäer*innen zweiter Klasse auf der anderen. Wenn die ›Neue Rechte‹ versucht, mit dem Begriff die Abschiebung von ›Volksfremden‹ zu plausibilisieren – zu denen sie auch Personen zählt, die Staatsbürger*innen und mitunter nie migriert sind –, profitiert sie abermals vom Präfix *Re-*. Es suggeriert, ein Vorgang der Migration sei illegitim vonstattengegangen und würde nur rückgängig gemacht und dadurch Ordnung wiederhergestellt: aus Sicht der Rechten eine ›Umvolkung‹ Europas, die allerdings niemals stattgefunden hat. ›Remigration‹ und ›Reconquista‹ sind funktionale Äquivalente und ein sich verstärkendes diskursives Begriffspaar, das so gut wie immer gemeinsam auftritt.

Ganz im Sinne einer solchen sophistischen Rhetorik behauptet die italienische Jugendorganisation CasaPound, die sich selbst als Faschist*innen des 3. Jahrtausends bezeichnet und von der schon im vorherigen Kapitel die Rede

war, Europa befände sich im Zentrum eines ideologischen, wirtschaftlichen und migrationspolitischen Spiels. Der »ethnische Austausch« sei der »einzig wahre Neokolonialismus«, der mit Hilfe von ausländischen Truppen und einheimischen Intellektuellen ihre Identität auslösche. Die Bewegung fordert zum einen eine totale und kompromisslose Remigration, um eine identitäre Redeweise zu etablieren, die »Ein Volk, ein Land« adressiert, sowie zum anderen eine ebenso totale und kompromisslose »Reconquista« des städtischen Raums, der verfallen, seiner kulturellen Einzigartigkeit beraubt und unsicher geworden sei (vgl. CasaPound, 2025).⁶

Zwei Beobachtungen lassen sich hier ableiten. Zum Ersten, wie mainstreamfähig Diskurselemente der »Neuen Rechten« sind. Ihre Ideen haben einen immer größeren Resonanzraum, werden unerschwerlich mitkommuniziert und verfangen, wenn etwa von einem »Problem im Stadtbild« die Rede ist, das mit »Rückführungen« gelöst werden könne.⁷ Zum Zweiten lassen Bedrohungsszenarien, Krisen-, Notstands- und Endzeiterzählungen sowie die Vorstellung eines *weißen*, christlichen Kulturraums, der mit allen Mitteln verteidigt und befestigt werden muss, die Einbettung in Diskurse des globalen Nordens und ihre Spielarten des Faschismus erkennen.⁸ Geeint sind

- 6 Die »Reconquista« verknüpft die CasaPound-Organisation an dieser Stelle mit adaptierten kapitalismuskritischen, städtepolitischen Agenden gegen Overtourism, Gentrifizierung und Immobilienspekulation und einem konservativ-nostalgischen Diskurs, um sie anschlussfähig zu machen. »Zurückzuerobern« seien verlassene und verfallene urbane Räume, das kulturell Einzigartige müsse geschützt und bewahrt werden. Der Kampf müsse aufgenommen werden gegen die Kräfte, die sie zu – und hier wird unvermittelt und entleert der Foucault'sche Begriff der Heterotopie ins Programm montiert – gesichtslosen Nicht-Orten des Durchgangs verwandelten. Es heißt: »2. Reconquista integrale degli spazi cittadini e urbani abbandonati a degrado, insicurezza e legge del più forte. È necessario un grande sforzo di riqualificazione delle città, lottando altresì contro le forze che trasformano singolarità paesaggistiche e culturali uniche in non-luoghi di transizione: iperturismo, gentrificazione, speculazione edilizia« (CasaPound, 2025).
- 7 So Friedrich Merz bei der Pressekonferenz anlässlich seines Antrittsbesuches bei Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in der Staatskanzlei am 14.10.2025. Gilda Sahebi rechnet es vor: 78 % der deutschen Bevölkerung lebt in Städten, das sind 64 Millionen. Derzeit sind 41.500 Personen als ausreisepflichtig registriert, das macht 0,065 %. Rein numerisch können sie im Stadtbild nicht zu sehen sein (vgl. Sahebi & Semsrott, 2025). Was zu sehen ist, ist eine moderne Einwanderungsgesellschaft.
- 8 Abascals Botschaften finden zum Beispiel Anklang beim amtierenden US-Präsidenten: »It's a very unique situation we are all in. We have to make sure that we protect our

sie im Zeichen eines neuen transnationalen Nationalismus. Dieser reagiert auf ein Problem in der Geschichte des Faschismus, das sich mit dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland ergibt, und kann es überwinden: Auf den bezwungenen Nationalismus des 20. Jahrhunderts kann sich der Nachkriegsfaschismus nicht beziehen, weder die USA und Frankreich als Siegermächte noch diejenigen, aus deren Sicht der parteilich institutionalisierte Hitler- oder Mussolini-Faschismus gescheitert ist. Der Faschismus des 21. Jahrhunderts muss sich an die Gegebenheiten anpassen. Das tut er mitunter als White Christian Nationalism. Und seine Waffe ist der Kulturkampf, dessen propagandistische Agenda nur allzu bekannt ist (vgl. für den Absatz Strobl, 2025).⁹

Er schottet sich ab gegen kulturelle Diversität, erfindet sich als Bollwerk. Inwieweit sich der diskursive Zusammenschluss von Kirche und Staat realpolitisch oder programmatisch konkret übersetzt, ist unterschiedlich. In den USA hat der evangelikale Fundamentalismus beziehungsweise christliche Nationalismus großen Einfluss auf den Trumpismus (siehe dazu Kid, 2025; Krondorfer, 2023). Im Modus der restaurativen Nostalgie appelliert Trump immer wieder an die ›Rückkehr‹ Gottes.¹⁰ Im Fall der europäischen ›Neuen Rechten‹ scheint die Verbindung von Religion und Politik vorwiegend strategisch-rhetorischer Natur zu sein. Das ›christliche Abendland‹ wird zwar

borders and do lots of very good conservative things«, sagt er in einer Videobotschaft auf X, »Spain is a great country and we want to keep it a great country. So congratulations to Vox for so many great messages you get out to the people of Spain and the people of the world« (Trump, 2022).

- 9 Anti-Feminismus verschafft sich Ausdruck im Kassieren von Frauenrechten, die Idealisierung von Maskulinität im Angriff auf LGBTQ- und Diversity-Rechte, der Anti-Intellektualismus in der Leugnung des Klimawandels, die Verherrlichung der Kolonial- und Sklavereigeschichte in der Ablehnung von Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgesetzen Schwarzer Menschen oder in der Ignoranz gegenüber indigenen Land-, Ressourcen- und Selbstbestimmungsrechten, *weißer* Suprematismus in der Rede von einem »weißen Genozid«, in Abschottung und der rassistischen Absage an kulturelle Differenz.
- 10 Nur ein Beispiel: Anlässlich des National Prayer Breakfast heißt es: »From the earliest days of our Republic, faith in God has always been the ultimate source of the strength that beats in the hearts of our nation. We have to bring religion back.« (Trump, 2025).

angerufen, aber ernsthafte Bestrebungen für eine Christianisierung der Bevölkerung gibt es nicht.¹¹

Das Christentum jedenfalls wird in Anspruch genommen, um *weiße* Vorherrschaft religiös abzusichern. Schon für die *reyes católicos* hat es ideologische Funktion, indem es eine essenzialistisch verstandene, kulturell homogene nationale Identität konstituiert. Diese Funktion kann nun über den Begriff der »Reconquista« über die Säkularisierung hinweg gerettet werden: Im Begriff steckt alles, was der Faschismus des 21. Jahrhunderts zur Anpassung braucht. Als wäre im Begriff »Reconquista« das Skript des White Christian Nationalism enthalten, verdichtet seine kulturhistorische Semantik eine religiös unterlegte Ideologie von »Blut und Boden« *avant la lettre*, die mobilisieren kann und ausgesprochen so stark ist, dass sie sich in der Praxis nicht bewähren muss.

Schauplatz: Frankreich

In Frankreich erfindet die »Nouvelle Droite« die »Kulturrevolution von rechts«, indem Alain de Benoist Gramscis Theorie der kulturellen Hegemonie ent- und verwendet, wie im ersten Kapitel beschrieben worden ist. Schon früh fallen dort junge »Neue Rechte« mit spektakulären Aktionen auf. Die *Génération Identitaire*, die als Vorbild für den popkulturell-aktivistischen *Habitus* europäischer Jugendorganisationen der Identitären Bewegungen gilt, besetzen 2012 das Dach einer im Bau befindlichen Moschee in Poitiers und entrollen ein Banner mit der Jahreszahl 732 (vgl. Bruns, Glösel & Strobl, 2016, S. 76f.). Diese verweist auf eine Schlacht, in der Karl Martell das arabisch-muslimische Heer unter Führung von Abd ar-Rahman, der von der Iberischen Halbinsel vorgestoßen ist, schlägt. Im Folgenden wird es darum gehen, wie eng verzahnt rechtsintellektueller Aktivismus im »Vorfeld«, der sich auf Bildungsinstitutionen und pädagogische Projekte konzentriert, und Parteipolitik im buchstäblichen Namen der »Reconquista« sind.

Eine von Èric Zemmour gegründete rechtsextreme Partei nennt sich seit 2022 *Reconquête*. Ihr haben sich Personen des *Rassemblement National*, der Identitären Bewegung (IB) sowie rechte Mitglieder der *Républicains* angeschlossen. Sie inszeniert sich als neue, dynamische Partei und versucht,

11 Wenige Personen aus dem rechten Spektrum lassen eine tatsächliche Bindung ans Christentum erkennen, einige der »Neuen Rechten« vertreten – wie schon ihre Gründungsfigur Benoist – einen Neopaganismus.

unterschiedliche rechtsautoritäre und -libertäre Positionen zu integrieren.¹² In Konkurrenz zum Rassemblement National, der sich maskiert und auf der pragmatischen Oberfläche bemüht, deradikalisiert und entideologisiert zu erscheinen, spitzt Zemmours Partei die Forderung nach Assimilation zu, argumentiert mit einem angeblichen ›Großen Austausch‹ (›grand remplacement‹) und setzt auf ›Remigration‹, für die sie ein Ministerium schaffen will (vgl. Reconquête, 2026). Bei den EU-Wahlen 2024 kann seine Partei mit rethematisierten Inhalten wie nationaler Souveränität, Globalisierungskritik, französischer Identität, der Rückbesinnung auf ›zurückzuerobernde‹ traditionelle Werte und mit einer rigorosen Einwanderungspolitik fünf Sitze im Europäischen Parlament gewinnen.

Inzwischen haben interne Spannungen zur Spaltung geführt. Als die Reconquête-Spitzenkandidatin und EU-Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal für die Parlamentswahl in Frankreich zur Koalition mit dem Rassemblement National aufruft, um Kampfkraft gegen die Linke zu bündeln, wird sie von Zemmour aus der Partei ausgeschlossen. Sie gründet im Herbst 2024 die Identité-Libertés. In einem (Online-)Artikel im Compact-Magazin ist mit Blick auf diesen Vorgang die Rede von Zemmour als einem »französischen Max Krah« (Royer, 2024): Weil seine Pro-Remigrationslinie unvereinbar mit dem bürgerlichen Nationalismus des Rassemblement National gewesen sei, habe Marine Le Pen eine Allianz ausgeschlossen. Laut dem Compact-Artikel sei es ein bedauerliches Beispiel der Unfähigkeit der Rechten, sich zu vereinen (vgl. ebd.), für den Stein des Anstoßes wird dann aber großformatig geworben: Martin Sellners Buch *Remigration. Ein Vorschlag*, das verlinkt und über einen Klick erhältlich ist.

Maréchal ist eine für den vorliegenden Band interessante Figur der ›meta‹- und parteipolitischen Personalunion. Vor ihrer Zeit bei Reconquête ist die Enkelin von Jean-Marie Le Pen und Nichte von Marine Le Pen Mitglied des Front National. 2017 erklärt sie ihren Rücktritt und verschiebt ihre Kampfkraft auf das politische ›Vorfeld‹: Mit Thibaut Monnier gründet sie 2018 die Privathochschule ISSEP (Institut des sciences sociales économique et politiques) in Lyon, wo es seit 1948 das renommierte, als politisch links geltende Institut für politische Studien gibt (kurz: Sciences Po Lyon). Dagegen positioniert sich das ISSEP als neue rechte Kaderschmiede. Als sein Motto gilt: »Sinn und Leistung

12 Darunter sind: ein nicht-interventionistischer Staat, Liberalisierung und Deregulierung des Marktes, Steuersenkungen für Unternehmen, Streichung von Sozialhilfe, sozialstaatliche Unterstützung nur für ›echte‹ Franzosen.

im Dienste der Aktion.« Das Angebot umfasst einen BA- und MA-Studiengang in Politikwissenschaften und Projektmanagement sowie Weiterbildungsprogramme. Seine Diplome sind staatlich aber nicht anerkannt.¹³ Valide Zahlen zu eingeschriebenen Studierenden lassen sich nicht recherchieren. Auszugehen ist davon, dass sie sich aus der eigenen Anhängerschaft rekrutieren und das ISSEP darüber hinaus keine Strahlkraft hat. Maréchal kündigt 2023 die Gründung einer Dependance in Paris an. Diesmal sei die Hochschule im Dienste einer Partei: der Reconquête (vgl. für den Absatz Maréchal, 2023; Cimbidhi, 2023; König, 2018; ISSEP, 2025).

Inzwischen ist Maréchal nicht mehr Parteimitglied. Ihre Bildungsinstitution aber besteht weiter. Trainiert werden an der ISSEP Verhandlungsgeschick, öffentliches Reden und andere Kommunikationsstrategien. Vermittelt werden wirtschaftliche Grundkenntnisse, aber auch, wie man publiziert, ein Video dreht oder ein Wahlkampfteam organisiert. Zur Ausbildung gehört schließlich ein ›neurechtes‹ Studium Generale mit Seminaren zu Philosophie, Literatur, Geschichte. In den Bildungskanon sollen rechtskonservative Autoren aufgenommen werden, etwa der Gegenaufklärer Joseph de Maistre oder Georges Bernanos, der sich in den 1930er- und 40er-Jahren für einen erneuerten Katholizismus einsetzt.¹⁴ Analysiert werden aber auch Autoren wie Marx. Das Institut formuliert das Ziel, eine neue Generation der Führungselite zu formen und die vermeintliche Dominanz der Linksintellektuellen an Universitäten und Privathochschulen zu brechen. Maréchal behauptet, die Bildungslandschaft sei zu einseitig, zu technokratisch, die Debatte zu konformistisch. In der für ›neurechte‹ Hegemoniearbeit typischen Rhetorik der pervertierenden Unterstellung reklamiert sie für das ISSEP die Förderung von pluralistischem, freiem Denken und kritischem Urteilsvermögen über Literatur und Theorie (vgl. für den Absatz Cimbidhi, 2023; de la Baume, 2018; König, 2018; ISSEP, 2025).

Innerhalb der Reconquête-Partei selbst hat sich derweil ein Netzwerk gegründet, das kulturelle Hegemoniearbeit auf dem Feld der ersten Bildungsinstitution macht: der Schule. Es nennt sich Parents vigilants: wachsame Eltern. Abgesehen haben sie es auf pädagogisches Personal, Lehrkräfte und Schulleitungen. Sie gehen mitunter gegen Lehrkräfte per Cybermobbing vor oder

13 In Madrid gibt es seit 2020 einen Ableger, personell rekrutiert er sich aus dem Kreis der Vox-Partei.

14 Maréchal selbst hat eine private katholisch-traditionalistische Privatschule der Priesterbruderschaft St. Pius X. besucht.

engagieren sich mit Blick auf die Kommunalwahlen 2026 strategisch in Elternvertretungen. Die Mitglieder sehen ihre Kinder einer vermeintlich ›woken‹ und ›islamistischen‹ Indoktrinierung ausgesetzt und versuchen, in Lehrpläne zu intervenieren. Dorn im Auge sind ihnen unter anderem Inhalte zur Sexualerziehung, zu Inklusion und Antidiskriminierung.¹⁵ Schon im Schlagwort woke kondensiert sich eine ganze brückenideologische Kulturkampfkampagne, die sich international reproduziert. Die diffuse Chiffre dient der Diskreditierung des Eintritts für soziale Gerechtigkeit und verkehrt die Bedeutung des Begriffs ins Gegenteil: ›Wokeness‹ sei gesellschaftsspaltend und antidemokratisch (vgl. Näser-Lather, 2025). Im Bildungskontext lassen sich über die diffuse Chiffre rechtsradikale und konservative Diskurse verbinden, Anschluss finden sollen sie in bildungsaffinen Milieus.

Aktivismus im deutschsprachigen Raum

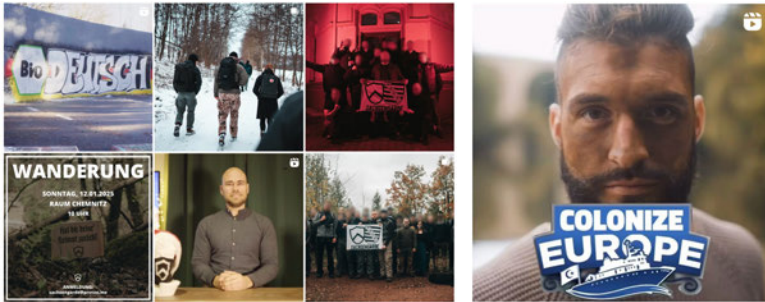
Sucht man auf dem deutschen Instagram nach Reconquista, zeichnet sich schnell ab, wie inflationär und leer das Wort zirkuliert. Nach außen dient es der politischen Kommunikation, nach innen bekräftigt es Gesinnungsgemeinschaft: Das Wort signalisiert Loyalität zu Diskursen und Ideen des Faschismus des 21. Jahrhunderts. Man stößt auf die Gruppe Sachsen 21, Teil der Identitären Bewegung (IB). Sie wechselt ihre Profile. Bis ins Frühjahr 2025 sind auf Posts Banner zu sehen mit dem Aufdruck »Defend Sachsen« in großen Lettern. Wanderungen, die die Gruppe veranstaltet, stehen unter dem Motto: »Hol dir deine Heimat zurück!«.

Ausbuchstabiert wird die supplementäre Logik des Begriffs Reconquista: Sachsen muss verteidigt, die Heimat – was auch immer sie gewesen sein mag – zurückgeholt werden. Das Spiel mit historischen Tatsachen wird in einem Video-Post auf die Spitze getrieben, indem Geflüchteten in einem diskursiven Twist ein neokoloniales Projekt unterstellt wird: Das Logo auf der Kachel zeigt ein Schiff mit einer Flagge mit Halbmond und Stern, darüber ragt der Schriftzug »Colonize Europe«. Wie CasaPound propagiert Sachsen

15 Wie Alice Weidel betrachten sie Schulen und Universitäten als von einem »Woke-Virus« befallene Propaganda-Institutionen, an denen angeblich nichts mehr gelernt werde: »The young people they don't learn anything«, behauptet Weidel in einem Interview mit Elon Musk, »they just learn about gender studies« (Weidel & Musk, 2025, 00:16:24).

21 die vermeintliche ›Islamisierung‹ durch den ›Großen Austausch‹, der mit ›Remigration‹ zu begegnen ist (vgl. für den Absatz Sachsengarde, 2025).¹⁶

Abbildung 4 und 5: Sachsengarde



Quelle: <https://www.instagram.com/sachsen.garde> (Stand: 02.04.2025)

Die Gruppe Reconquista 21 oder R21 wiederum ist ein regionaler Ableger der Identitären Bewegung (IB) in Baden-Württemberg und wird vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Ermittelt wird wegen rassistisch motivierter Delikte. Sie gilt als klein, aber gefährlich. Sie unterhält Verbindungen mit der Neonazi-Szene, digital und personell engmaschig verflochten ist sie auch mit der AfD, obwohl sie offiziell auf deren Unvereinbarkeitsliste steht. Ihre Auftritte sind dynamisch, ihre Aktionen spektakulär.

Die Gruppe bietet wie ihre spanische Namensverwandte Wanderungen und Stammtische an, Kampfsporttrainings steigern die Wehrhaftigkeit. Dazu macht sie Bildungs- und Theorieangebote (Abbildung 6). Reconquista 21 veranstaltet Workshops, Seminare und Schulungsveranstaltungen, um, wie es auf der Website heißt, »jungen Leuten identitäre Ideen näher zu bringen« (Reconquista 21, 2025). Kern auch dieser Ideen ist die ›Remigration‹. Zu Feinden stilisiert werden Zugewanderte und Geflüchtete, queere Personen und diejenigen, die sie unterstützen, weil sie das ›deutsche Volk‹ in seiner

16 In dem Video schlüpfen zwei junge Männer in grotesk stereotypisierte Rollen eines Schleppers und eines Migrantens – dieser oberflächlich gebläht und mit Vollbart –, um die deutsche Grenzsicherheit zu prüfen. Zu Wasser, zu Fuß und per Auto passieren die beiden ohne Kontrolle die Grenze, um zu beweisen: »Sichere Grenzen und Remigration wird es unter den Kartellparteien nicht geben« (Sachsengarde, 2025).

Substanz und traditionelle Familien verdrängen würden. Dem setzt Reconquista 21 ihre Identität als starke, ›gesunde deutsche Jugend‹ entgegen und ruft zum ›Widerstand‹ auf. Die Gruppe benennt sich mehrmals um.¹⁷ Laut Verfassungsschutz geht die Namensänderung auf die Strategieänderung der Identitären Bewegung (IB) zurück. Über Namensänderungen versucht sie, sich zu dezentralisieren und Verboten auszuweichen. Die Gruppe selbst behauptet, der neue Name Reconquista 21 spiegele ihr Ziel wider. Und auch das Bundeslager 2024 der Identitären Bewegung (IB) trägt das Motto ›Reconquista‹ (vgl. für den Absatz Büchner, 2025; SWR, 2024; Verfassungsschutz BW, 2024). Auf ihrem Telegram-Kanal schreibt sie:

Über sieben Jahrhunderte kämpften ganze Generationen junger Männer, vereint in ihrer Herkunft und ihrer Überzeugung gegen eine zu Beginn überwältigende Übermacht immer in dem Glauben an ihren Sieg und den Sinn ihrer Sache. Genau aus diesem Grund ist die Reconquista ein Mythos der Identitären Bewegung seit ihrer Gründung. Die Reconquista mahnt uns zur Tat, zur Rückeroberung unserer Städte, unseres Landes, unseres Kontinents. (IdentitaereDeutschland 2024, zitiert nach Büchner, 2025)

Aus der ›Reconquista‹ – genauer: dem Mythos – leitet die Identitäre Bewegung (IB) ihren Auftrag ab, zur Tat zu schreiten.

Martin Sellner, der 2012 die Identitäre Bewegung Österreich gründet, leitet aus ihr diejenige Leitstrategie ab, die auf Diskursmacht aus ist.¹⁸ Sie formuliert, wie nicht territoriale Grenzen, sondern die Grenzen des Sagbaren zu verschieben sind. Sellner fasst zusammen: »Reconquista versucht, mittels metapolitischer Arbeit staatspolitische Gestaltungsmacht zu erlangen« (Sellner, 2023f). ›Metapolitische‹ Macht wiederum »akkumuliert man durch Aktionismus, Massenorganisation, Informationsarbeit, Unipolitik etc.« (Sellner, 2021b). Die Reconquista-Strategie bezeichnet den ersten des

17 Anfänglich ist sie als Identitäre Bewegung Schwaben bekannt. Dann nennt sie sich Kesselrevolte/Schwaben Bande, dann Wackre Schwaben, dann erst Reconquista 21.

18 Diskursmacht heißt mit Nadine Codehardt, eine eigene Sprache und eigene Begrifflichkeiten einzuführen und vorhandene Formulierungen inhaltlich so zu verändern, dass sie auch von anderen genutzt werden, ohne dass es sofort offensichtlich wird. Dazu müssen alle möglichen Kanäle und Orte der Politik rekonfiguriert sowie die materielle Wirklichkeit der Kommunikation durch den Aufbau neuer oder die Erweiterung bestehender Infrastruktur verändert werden (vgl. Codehardt, 2022).

hegemoniepolitischen Dreischritts: Zunächst die »Rückeroberung« der diskursiven Deutungshoheit, dann realpolitische Macht, um schließlich qua »Remigration« den »Ethnopluralismus« durchsetzen zu können (vgl. BIGA, 2015).

Mit »Ethnopluralismus« – einem der wenigen originären Ideologeme der »Neuen Rechten«, das maßgeblich von Alain de Benoist und Henning Eichberg geprägt wird – übersetzt sie offenen Rassismus in einen akademisch anspruchsvoll klingenden Begriff. Statt von »Rasse« ist von »ethnokultureller Identität« die Rede. Das hört sich wissenschaftlich fundiert, vermeintlich harmloser und akzeptabler an. Formal verabschiedet sich der Begriff von bekannten rassistischen Klassifizierungen von Personengruppen, semantisch konsolidiert er aber ihre Naturalisierung, Homogenität, unveränderliche Fremd- und Andersartigkeit, womit er rassistisch anschlussfähig und wirksam ist. Laut »Ethnopluralismus« sollen »Völker« sich nicht vermischen, sondern voneinander ferngehalten werden, territorial getrennt leben, um ihre »Identität« und »Kultur« zu schützen und »wieder« zu homogenisieren (vgl. für den Absatz Bruns, Glösel & Strobl, 2017, S. 81f., 86f.).¹⁹

Am 1. Oktober 2024, zwei Tage nachdem Herbert Kickls FPÖ mit fast 30 % der Stimmen stärkste Kraft in Österreich geworden ist, schreibt Sellner einen Artikel in der Sezession mit dem Titel *Ein Wahlsieg für die Reconquista*. Er erläutert, was dazu gehört: sogenannte Alternativmedien stärken, »patriotische Freiräume, Gegenkultur und Theoriebildung« fördern sowie neues oder inhaltlich verändertes Vokabular etablieren (Sellner, 2024).

19 Für den Fall des Scheiterns der Reconquista-Strategie, das heißt, wenn das Ziel der »ethnokulturellen Identität, Kontinuität und Homogenität« mit ihr in einer »neuen, postdemokratischen Multiminoritätengesellschaft« nicht zu erreichen ist, beschreibt Sellner 2021 als Plan B die Sezessions- und Sammlungsstrategie: »Diese stellt keine eigene Staatsgründung, sondern eine Sammlung und Konzentration aller verbliebenen Ressourcen in einer bestimmten Region dar, um dort die entsprechenden Mehrheits- und Synergieeffekte zu erzielen« (Sellner, 2021b).

Abbildung 6: Reconquista 21



Quelle: reconquista21.de (19.03.2025)

Und es funktioniert. »Sommer, Sonne, Remigration« plakatiert die AfD vor den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Nur ein halbes Jahr ist nach dem Strategietreffen in Potsdam vergangen, auf dem Sellner über »Remigration« referiert hat. Über die Correctiv-Recherchen wird der Begriff allseits bekannt, für ein paar Wochen sorgt er für zivilgesellschaftliche Empörung und große Demonstrationen. Jetzt druckst die Partei um den Begriff nicht mehr herum. Wie Kickl benutzt sie ihn für alle verständlich und offensiv.²⁰ Der habe, so schreibt Sellner, ganz unerschrocken »Remigration« gefordert.²¹ Auch habe Trump den Begriff in einem Post benutzt, behauptet er, weswegen sowohl die Nachrichtenagentur Bloomberg als auch die Washington Post hätten eingestehen müssen, »daß dieser Begriff von Österreich aus [...] den englischsprachigen Raum beeinflusst« habe (Sellner, 2024).²² Den 29. September 2024 erklärt er

-
- 20 Die AfD beschließt auf ihrem Parteitag im Januar 2025 in Riesa, »Remigration« in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Was dort unter dem Begriff verstanden wird, entspricht (noch) nicht der Idee, auch deutsche Staatsbürger*innen abzuschieben. Es trägt jedoch zu Normalisierung und Gewöhnung im Sinne »neurechter« Hegemoniepolitik bei, wenn er synonym zu Abschiebung gebraucht wird. Außerdem wird strategisch offengehalten, welche Menschen genau ins Visier genommen werden. Im Maßnahmenkatalog ist die Rede von der Abschiebung von »ausreisepflichtigen Personen«, »ausländischen Gefährdern, Extremisten und schweren Straftätern« (bei Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikten sowie »Clankriminalität« soll die Ausweisung erleichtert werden) oder von Personen, deren Aufenthaltsstatus an einen Fluchtgrund gebunden ist, der entfällt (genannt wird als Beispiel Syrien). Wie die amtierende Regierung will die AfD mit Herkunftsländern verhandeln. Bemerkenswert, aber nicht überraschend, ist, dass es unter die Maßnahmen der »Remigration« fällt, gegen »muslimischen Antisemitismus« vorzugehen und die »Remigration« von Straftätern in diesem Bereich zu erleichtern. Es handle sich dabei um den Import ausländischer Konflikte auf »deutschem Boden«. Jüdisches Leben, so wird an anderer Stelle behauptet, sei »vorwiegend von jüden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht«. Antisemitismus kommt ansonsten in keinem anderen Zusammenhang vor (vgl. AfD, 2025, S. 101, 123). Antisemitismus soll als nicht-deutsches Problem erscheinen, unter dem Vorwand der Antisemitismus-Bekämpfung kann sich antimuslimischer Rassismus Bahn brechen.
- 21 »Ich weiß gar nicht«, fragt Kickl auf seiner Wahlkampfabschlusskundgebung, »was an dem Begriff so böse sein soll ...«. Er fordert »Remigration für alle, die glauben, sich nicht an unsere Regeln halten zu müssen«, und hält offen, welche Staatsbürgerschaft sie haben (Kickl, 2024, 01:49:00ff.).
- 22 Möglicherweise bezieht sich Sellner auf diesen Artikel: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-10-01/elon-musk-s-role-in-reanimating-the-far-right-term-remigration?embedded-checkout=true> (Stand 17.08.2025).

deshalb zum Sieg der Reconquista-Strategie, der seine Entscheidung bekräftige, keine identitäre Partei zu gründen, sondern sein Engagement weiter als »Organisator, Aktivist und Autor auf den metapolitischen Raum zu fokussieren«. Die Wahl sei kein magischer Akt, der aus dem Nichts politische Macht produziert. Sie sei nur: »eine Etappe in einem großen metapolitischen Ringen um den Diskurs, die Straße, die Köpfe und die Herzen.« (Sellner, 2024)

›Reconquista‹ der Universität 1500

›Metapolitisch‹ gerungen werden soll insbesondere an der Universität. »Wir müssen [...] aus rechter Sicht lesen und daraus das machen, was man eine [...] Reconquista an der Universität nennen sollte« (Kubitschek, 2023d, 00:06:16), waren Kubitscheks Worte auf der von der Aktion 451 organisierten Kundgebung auf der Wiener Universitätsrampe gewesen, von der im vorigen Kapitel ausführlicher die Rede war. Er macht sie zum Auftrag und es geht ihm um den Begriff: mit all seinen Konnotationen, mit all seinem kultursemantischen Gewicht der Geschichte, in der die Eroberung von Universitäten längst schwer wiegt.

Historisch liegt – und damit geht es ein letztes Mal zurück in die Zeit um 1500 – hinter dem Begriff ein kulturelles Reich und dessen Übernahme beziehungsweise Zerstörung durch die *reyes católicos*. Ohne es erklärend überstrapazieren zu wollen: Aber das arabische Al-Andalus steht für ein wirtschaftlich wohlhabendes und kulturell einzigartiges Zentrum, in dem Bildung, Kunst, Wissenschaft aufblühen. Es steht für sprachliche Vielfalt und für das Zusammenleben von Angehörigen der drei großen monotheistischen Religionen. Ihre Koexistenz sieht im Detail natürlich unterschiedlich aus. Christliche und jüdische Gruppen sind immer wieder der Diskriminierung ausgesetzt. Unter der Almohaden-Dynastie Mitte des 12. bis 13. Jahrhunderts wird gegen Jüdinnen und Juden repressiv vorgegangen. Verzeichnet sind antijüdische Pogrome schon für Zeiten, die als tolerant gelten, wie das Pogrom in Granada im Jahr 1066. Trotzdem ist die Rede vom goldenen Zeitalter des iberischen Judentums, weil Juden als Handwerker, Händler, Ärzte, Diplomaten und Gelehrte oder im Finanzwesen und Verwaltungsapparat tätig sein können. Unter der muslimischen Herrschaft haben sie weitaus mehr Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten als irgendwo sonst in Europa. Auch sind es Jahrhunderte der Kriegszüge, internen Verwerfungen und Konflikte, der Unterdrückung und bürgerkriegs-

ähnlichen Unruhen (vgl. Jaspert, 2019, S. 10–13). Die Forschung hat deswegen das mitunter idealisierte Bild von Al-Andalus differenziert.

Trotzdem ist es wichtig zu beschreiben, gegen was sich das Projekt der »Metapolitik« in Stellung bringt. Es geht um eine Kultur, die klassische arabische mit alten europäischen Traditionen verbindet und für den Wissens- und Technologietransfer aus Ost- und Südasien sorgt, vor allem aus Indien und China. In die westliche Welt gelangen Papier und das hindu-arabische Zahlensystem. Antike Philosophie etwa der neuplatonischen Schule wird ins Arabische übersetzt, umgekehrt arabische und persische Literatur ins Lateinische und Hebräische. Der Reichtum dieser Kultur manifestiert sich in Kunstwerken und prachtvoller Architektur, die byzantinisch, islamisch und mozarabisch beeinflusst ist. Er verdankt sich handwerklichem Können in der Metall-, Holz- und Glasverarbeitung. Arabische agronomische Schriften revolutionieren den Ackerbau, neue Nutzpflanzen wie Baumwolle und Zitrusfrüchte werden eingeführt. Hydraulisches Ingenieurwissen bringt hochentwickelte Bewässerungs- und Wasserleitungssysteme wie Aquädukte, Kanäle und Wasserräder hervor. In Córdoba zum Beispiel, das sich im 9. und 10. Jahrhundert zur bevölkerungsreichsten Stadt Europas entwickelt, sind Straßen gepflastert und beleuchtet. Es gibt Gärten, Springbrunnen, öffentliche Bäder. Die Kultur ist reich an Wissen auf dem Gebiet der Sprachwissenschaft, Medizin, Pharmazie, Mathematik, Physik und Chemie, der Astronomie und Geografie. Muslime erfinden den Kompass und die Seekarte – und schaffen damit die technischen Voraussetzungen des späteren spanischen Globalimperiums.

Und unter arabischer Herrschaft werden Universitäten gegründet. Die erste eröffnet 1349 in Málaga, weitere folgen in Granada und Zaragoza. Córdoba entwickelt sich zum kulturellen Zentrum mit drei Universitäten und achtzig Schulen, an vielen von ihnen wird kostenlos unterrichtet. Die Alphabetisierungsrate ist hoch. Eine öffentliche Bibliothek soll mehrere Hunderttausend Bände umfassen haben. Die Universitäten sind Zentren der Gelehrsamkeit mit hoher Strahlkraft. Hier und an den Höfen lässt sich der junge europäische Adel ausbilden – selbst der aus dem christlichen Norden (siehe Jayyusi, 1992). Die von dort ausgehenden Expansionskriege bereiten dem interkulturellen intellektuellen Leben ein Ende. Jüdische und arabische Gelehrte und Hochschullehrer werden 1492 aus dem Land gejagt. Durch die Überwachung und Verfolgung der Inquisition wird Forschung verunmöglicht und zum Stillstand gebracht.

›Reconquista‹ der Universität 2000

Die »rechte kulturelle Hegemonie« des 21. Jahrhunderts »erblüht aus der Reconquista der Hochschulen!«, verheißt die Aktion 451 auf ihrer Website, die inzwischen gelöscht ist (Aktion 451, 2023a, auch im Folgenden). Genauso wie sie eine muslimische Besatzung Europas erfindet, erfindet die ›Neue Rechte‹ eine woke Besatzung der Universität. Sie erklärt sie zum »hochpolitischen Raum«, wie im vorigen Kapitel schon beschrieben worden ist, zur umkämpften Bildungsinstitution, weil sie zukünftige Lehrkräfte, politisches Personal, wissenschaftliche Autoritäten und Medienschaffende hervor- und in Form bringt. Sie erfindet eine angeblich durch Cancel Culture und Triggerwarnungen gefährdete Autonomie des Denkens und der Literatur (vgl. Eisenmann, 2024). Das Lesen inszeniert sie als sozialtechnische Waffe der ›Reconquista‹, die dem linken Liberalismus aus der Hand gerissen werden muss.

Im Vokabular des Krieges schreibt Benedikt Kaiser in der Sezession-Schwerpunktausgabe zum Thema Lektüre davon, dass der »Wille zur geistigen Rüstung offensichtlich« sein müsse, der Weg dorthin verlaufe über das Lesen als »Szenepflicht« (Kaiser & Redaktion der Sezession, 2020, S. 56). Um die Hochschulen von der »linken Dominanz« zu befreien und »anderen Nachwuchs auszubilden«, sollen Schmitt und Heidegger statt Adorno und Butler in die Lehrpläne, vor allem aber die Wissbegierde, das Verlangen nach linker Theorie, nach linkem Text geschwächt werden (vgl. Aktion 451, 2023a).²³ Letztere zu entwenden ist nötig, weil die ›Neuen Rechten‹ aus sich heraus kaum Substantielles entgegenzusetzen haben.

Worum es perspektivisch geht, ist die Zerschlagung der gesamten kulturellen Infrastruktur, die sich als Idee der kulturellen Erneuerung ausgibt. Ins Fadenkreuz der ›Reconquista‹ geraten neben den Universitäten Theater und Museen, Literaturhäuser und -programme, Literatur-, Kunst- und Film-schaffende, Übersetzer*innen, denen Stipendien und Projektförderungen entzogen werden sollen. Ein Blick nach Ungarn zeigt, wie weit man mit Entlassungen, Gesetzesänderungen, Budgetkürzungen kommt. Die Vorhut einer solchen Realpolitik ist die ›Metapolitik‹ – behauptet Sellner. Viktor Orbans

23 Es heißt: »Wer – zu Recht – gegen Genderlehrstühle und andere Verfallserscheinungen wettet, übersieht, dass diese einer Nachfrage entsprechen. Würde man die Genderprofessuren auf politischen [sic!] Wege streichen, verringert das nicht die Zahl derer, die derartiges studieren wollen. Sie zu verringern, erfordert die rechte kulturelle Hegemonie.«

Erfolg, so schreibt er, sei nur deswegen möglich gewesen, »weil er in dem Moment politische Macht erlangte, als der metapolitische Boden bereitet war« (Sellner, 2024).

Und umgekehrt weiß die Partei um den Einfluss auf den öffentlichen Diskurs, den das ›Vorfeld‹ hat: Weil sie darauf angewiesen ist, solle man sich »verzahnt und kooperationsorientiert« verhalten, in der Zusammenarbeit brauche es »Professionalisierung und Intensivierung«, und es sei Zeit, dem vopolitischen Raum »etwas zurückzugeben«, heißt es in Matthias Helferichs *10 Thesen zum Vorfeld* (Helferich, 2025). Unter den Förderoptionen des AfD-Bundestagsmitglieds finden sich der Antaios- und der Jungeuropa-Verlag, Periodika wie Die Kehre, Freilich, Info-Direkt und die Sezession (vgl. ebd.). So schließt sich der Kreis.

Wird die Universität als Besatzungszone deklariert und zum ideologischen Kriegsschauplatz erklärt, verändert sie sich in ihrem Wesen. Als agonaler Kampfplatz hat sie eine besondere Zeitlichkeit: Die Universität der ›Reconquista‹ kennt nur ein Vorher und ein Nachher. Ist das Zukunftsprojekt abgeschlossen, wird nicht mehr verhandelt, wie sie zu gestalten wäre. Das erfolgreiche Ende der ›Reconquista‹ ist das Ende der Diskussion. Die ›Neurechten‹ haben genaue Vorstellungen davon, wie die Welt einzurichten wäre. Den Gegenrevolutionär Donoso Cortés,²⁴ der im 19. Jahrhundert den revolutionären Liberalismus als Zeichen des Ordnungszerfalls anprangert und das Bürgertum belächelt, das als ›diskutierende Klasse‹ zum Schweigen gebracht werden soll, zitiert Kubitschek in diesem Sinne mit den Worten: »Die Diskussion ist die Visitenkarte, mit der der Tod reist, wenn er incognito geht« – ein Zitat, das die grundsätzliche Verachtung der Debatte belegt und bei Volker Weiß zu finden ist, der daraus auf die rein instrumentelle Natur des Gesprächsangebots schließt, das die ›Neue Rechte‹ immer wieder macht: Statt eines Austauschs von Argumenten pflegt man einen autoritären Kult um Tat und Entscheidung (vgl. für den Absatz Weiß, 2018b, S. 41; ebd. das Zitat). Wenn die Aktion 451 auf ihrer mittlerweile gelöschten Website ankündigt, sie würde nicht ruhen, bis »alle Universitäten tatsächlich sind, was sie sein sollten: Orte der freien Debatte und freien Lehre!« (Aktion 451, 2023c), operiert

24 Die ›neurechte‹ Hegemoniepolitik hat eine Affinität zum spanischen Denken. Neben Cortés werden Autoren wie Baltasar Gracián zu Gewährsmännern und Namensspendern: *Críticón* heißt die von Armin Mohler mitgegründete Zeitschrift, die von 1970 bis 2007 erscheint.

sie über die rhetorische Figur der Ironie: Sie sagt das Gegenteil dessen, was sie meint.

An anderer Stelle auf dem aktivistischen ›Vorfeld‹ gibt sich das Lesen aus ›rechter Sicht‹ friedvoller und harmlos. Die von Susanne Dagen mit Michael Bormann organisierte Büchermesse SeitenWechsel profiliert sich mit dem Versprechen: »Zwei Tage für die Lust an Geistesblitzen und Neuentdeckungen.« Verstanden wissen will sie sich als »ein Fest für freies Denken und perspektivisches Sehen« (SeitenWechsel, 2025b). Es ist jedoch ein Widerspruch in sich, es mit perspektiviertem Sehen zu assoziieren. Denn was perspektiviert ist, ist nicht frei, sondern ideologisch – eine Weltanschauung aus festem Blickwinkel. Dieser Widerspruch sollte beim Wort genommen werden. Im Begriff der Reconquista jedenfalls, der dieses ›Fest des Lesens‹ flankiert, kommt der aggressive Zug des ›metapolitischen‹ Programms der Kulturrevolution von rechts zum Ausdruck. Ist und war Reconquista immer schon ein Kampfbegriff, wäre wohl auch weniger von Revolution zu sprechen als vielmehr von: Conquista.

Hauptverantwortlich: Jeannie Moser